

Staatsbegräbnis für Nanzen

Der Völkerbund nimmt Anteil

Genf, 14. Mai. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat an die norwegische Regierung ein Beileidstelegramm anlässlich des Ablebens Fritz Hof Nanzens gerichtet. In dem Telegramm wird ausdrücklich unterstrichen, daß die Erinnerung an diesen mutigen, gerechtfertigten und warmherzigen Mann nicht nur in der Erinnerung seines eigenen Landes, sondern auch in der Erinnerung aller derjenigen weiterleben werde, die in der Gemeinschaft der Völker für die Aufrichtung des Friedens arbeiten. Der große Name und das große Werk Nanzens hätten wesentlich dazu beigetragen, daß der Geist und die Gedanken des Völkerbundes in die Herzen der Menschen eindringen.

Auch Moskau trauert um Nanzen

Moskau, 14. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Nachricht vom Tode Nanzens in Moskau aufrichtige Trauer hervorgerufen. In verschiedenen Theatern wurden die Vorstellungen unterbrochen und die Vertreter der Sowjetregierung gaben den Tod bekannt. Sie bezeichneten Nanzen als einen Freund Rußlands, der sich mit großer Würde der Aufgabe gewidmet habe, durch eine internationale Hilfsaktion den Hunger an der Wolga zu mildern.

Wie amtlich gemeldet wird, hat das Ruhestattkommissariat der Sowjetunion die russische Gesandtin in Oslo, Frau Kollontaj, angewiesen, das aufrichtige Beileid der Sowjetregierung auszusprechen; außerdem hat Litwinow dem norwegischen Gesandten in Moskau sein Beileid ausgesprochen.

„G 38“ in Tempelhof gelandet

Berlin, 14. Mai. Heute nachmittag um 4 1/2 Uhr ist das Junkers-Großflugzeug „G 38“ nach einem 10 1/2 stündigen ununterbrochenen Flug im Tempelhofer Flughafen glücklich gelandet. Ueber den Verlauf der Fahrt meldet unser Sonderberichterstatter: Nach einem Rundflug über Berlin, das man um 9 1/2 Uhr erreichte, war die Fahrt — immer unter Beachtung der fortgesetzt eintreffenden Wetternachrichten — nach Frankfurt a. d. O., Rastatt und Stuttgart gegangen, wo wir von einem dort stationierten einmotorigen Junkers-Flugzeug, einem kleinen Bruder der „G 38“, umkreist und begrüßt wurden. Eine Strecke weit flogen wir die pomerische Ostseeküste entlang über Greifswald und Warnemünde. Da aus Berlin besseres Wetter gemeldet wurde, beschloß man, einen Abstecher nach Travemünde, Lübeck und Hamburg zu unternehmen und dann erst nach Berlin weiteraufzubrechen. Bei Warnemünde, wo gerade die Fährbahn nach Wieders ein silbernen Streifen durch das im schönsten Blau schimmernde Wasser zog, wurde ein kleiner Ausflug über die Ostsee unternommen.

Der Deutschlandflug des Großflugzeuges „G 38“, der morgens um 5.56 Uhr in Dessau begonnen wurde, hat damit sein Ende erreicht. Das Flugzeug, das sich 10 1/2 Stunden in ununterbrochener Fahrt befand, hat seine ausgezeichnete Brauchbarkeit erwiesen. Die Führung war hervorragend, die Motoren liefen gleichmäßig und ruhig. Die Fahrt des „D-Juges der Luft“ war ein unvergeßliches Ereignis. Das größte Landflugzeug der Welt hat in insgesamt 1500 Kilometer zurückgelegt, also etwa die Strecke von Berlin bis Moskau.

Der deutsche Flottenbesuch in Italien

Rom, 14. Mai. Die deutschen Minenschiffe „Schlesien“ und „Gessen“ sind aus Venedig ausgelaufen, um in Korfu mit den übrigen Einheiten des deutschen Geschwaders zusammenzutreffen. Die Venediger Tage der deutschen Minenschiffe fanden ihren Abschluß in einem Festessen, das Admiral Fischer an Bord der „Schlesien“ den Vertretern der Behörden und der italienischen Flottenstation gab. Bei dieser Gelegenheit wurden von beiden Seiten herzliche Trinksprüche gewechselt.

Der deutsche Flottenbesuch hinterläßt in Italien einen günstigen Eindruck. Aber auch die deutschen Flottenoffiziere nehmen einen angenehmen Eindruck von der italienischen Gastfreundschaft mit.

Außenministerbesprechungen in Genf

Keine italienisch-französische Annäherung

Genf, 14. Mai. Briand empfing am Mittwoch den polnischen Außenminister Jaleski und den südslawischen Außenminister Marinkowitsch.

Ueber das Ergebnis der letzten Unterredung zwischen Briand und Brandt wird auf den beteiligten Seiten außerordentliches Stillschweigen bewahrt. In den Unterredungen sollen, wie verlautet, sämtliche politischen Streitpunkte zwischen Frankreich und Italien berührt worden sein, wobei sich jedoch die Möglichkeit einer Annäherung nicht ergab.

Briand reißt am Freitag früh, Brandt am Donnerstag von Genf ab. Die Dispositionen für den Abschluß der Ratstagung sind bereits getroffen. Es ist beabsichtigt, wenn irgend möglich, morgen vormittag die Schlussung abzuhalten. — Der Gegenbesuch Briands beim Reichsaußenminister Curtius wurde auf Donnerstag vormittag verschoben.

Zur Besprechung Curtius-Jaleski

In der kurzen Unterredung zwischen Dr. Curtius und Jaleski am Mittwoch soll, wie verlautet, der polnische Protest gegen die neuen deutschen Agrarablässe und im Zusammenhang damit auch die Frage der Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages zur Sprache gekommen sein. Aus polnischen Kreisen verlautet, daß die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch das Warschauer Parlament als zweifelhaft angesehen werden müsse. In parlamentarischen Kreisen sei der Widerstand gegen die Ratifizierung stark im Wachsen, und die Regierung werde sich daher diesem Druck nicht entziehen können.

9000 Stellenbewerbungen

Abschlussarbeiten der Emissionskommission der V33

Basel, 14. Mai. Der für die Behandlung der Frage der Emission der Obligationen der V33, vom Verwaltungsrat eingesetzte Sonderausschuss beendete am Dienstagabend seine Arbeiten, indem er ein ausführliches Programm für die Emissionsmodalitäten anarbeitete. Gemäß Beschluß des Komitees würde sich die Vorkaufleistung genau an die Bestimmungen des Youngplans halten und Geldmittel aus den Markt bringen, die in der Währung des Landes, in dem sie ausgegeben werden, gezeichnet und zurückgezahlt werden sollen.

Am Tage der Eröffnung der Bank, also am 17. Mai, wird das Gesamtpersonal der Bank 18 Beamte umfassen; es sollen aber sofort eine ganze Reihe weiterer Ernennungen erfolgen. Für 24 Stellen, die für eine weitere Besetzung in Frage kommen, liegen bereits 9000 Bewerbungen vor. Erst im September d. J. wird die Bank ihr Personal in erheblichem Umfang vergrößern.

Oslo, 14. Mai. Das norwegische Storting hielt anlässlich des Todes Nanzens eine außerordentliche Sitzung ab. Vor dem überfüllten Hause hielt Ministerpräsident Hambro die Gedächtnisrede. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten beschloß das Storting die Bekräftigung Nanzens auf Staatskosten. Die Beisetzung wird am 17. Mai, dem norwegischen Nationalfeiertag, stattfinden.

Das Beileid des Reichspräsidenten

Berlin, 14. Mai. Reichspräsident v. Hindenburg hat an den König von Norwegen folgendes Telegramm gerichtet: „Eurer Majestät spreche ich zu dem schweren Verlust, den das norwegische Volk durch das Ableben seines großen Sohnes Fridtjof Nanzen erlitten hat, meine tiefgefühlte Anteilnahme aus. Sein unerlöschliches Wirken als Forscher sowie seine aufopfernde Eingabe für das Wohl der leidenden Menschheit werden in Deutschland unvergessen bleiben.“

Siffern nicht zu ermitteln sind. Von den 20 Milliarden Mark Ausgaben liegen sich allerlei Ersparnisse machen, wenn eine einzige Stelle (beispielsweise Reichsregierung und Reichstag) über diese Mittel nach einem einheitlichen Willen und einheitlichen Gesichtspunkten Anordnungen treffen könnte.

Ueber diese Ausgaben verfügen gegenwärtig das Reich, 17 Länder, über 60 000 Gemeinden, 7500 Krankenkassen, 106 Berufsgenossenschaften, 85 Landesversicherungsanstalten usw.

In diese Dinge einzudringen, soll Aufgabe mehrerer Aufgabensenkungsgesetze sein, die demnächst dem Reichstage zugehen werden. Im Mittelpunkt des innerpolitischen Streites steht seit einem Jahre das Arbeitslosenproblem. Im Jahre 1929 dürfte die Arbeitslosigkeit weitestgehend größer sein, als im Jahre 1928, schon weil im Jahre 1929 bis jetzt für die Bauwirtschaft nahezu 2 Milliarden weniger zur Verfügung stehen als im vergangenen Jahre. Der Rückgang der Bauwirtschaft ist in der Haupt Sache darauf zurückzuführen, daß die Städte meist sehr stark verschuldet sind und daß die Mittel für die erstklassigen Ökostoffen bis zur Stunde noch stark fehlen. Schließlich sollen die 200 Millionen Mark Zwischenkredite für ländliche Siedlung in Dauerkredite umgewandelt werden, so daß eine langfristige Kreditierung des Baumarcktes stark in Konkurrenz steht mit anderen langfristigen Kreditbedürfnissen auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt.

Für etwaige Mehraufwendungen zugunsten der Sozialversicherung gibt es zwei Wege, zunächst eine allgemeine Steuererhöhung, die aber nicht in Frage kommen kann. Der zweite Weg ist die Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung. Auch dagegen habe ich starke Bedenken.

Um eine vorübergehende Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung dürfte im Jahre 1930 im Hinblick auf die gemaltige Arbeitslosigkeit nicht heranzukommen sein.

Leider kann ich eine Senkung der Ausgaben in der alten Sozialversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) nicht in Aussicht stellen. Bei der Krankenversicherung halte ich eine solche für möglich. Die Invalidenversicherung dagegen steht in Kürze vor einer Krise. Sie wird in einigen Jahren um eine größere Beitragserhöhung nicht herumkommen. Für Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstützte müssen im laufenden Jahre über 3 Milliarden aufgebracht werden. Davon kann bei Bewältigung des Arbeitslosenproblems nur die Hälfte gepart werden.

In der Aussprache betonte Abg. Thiel (D. Vp.), die Deutsche Volkspartei sei nicht grundständig gegen eine Erhöhung der Beiträge, sofern sie in Verbindung mit einer vernünftigen Neuordnung zur Gesundung der Arbeitslosenversicherung führe.

Abg. Beyer-Dresden (D.-V.) forderte die Einführung einer gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht. Nach weiterer Debatte, in die auch Dr. Stegerwald eintrat, wurde der Rest der Aussprache auf Donnerstag vertagt.

Um die Volkzeildirektorenstellen in Thüringen

Weimar, 14. Mai. Das thüringische Gesamtkabinetts hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der u. a. über die Besetzung der Volkzeildirektorenstellen verhandelt wurde. Minister Dr. Fried, der bekanntlich einige Volkzeildirektorenstellen mit Nationalsozialisten besetzen will, legte seine Personalpläne vor, über die sich das Kabinetts jedoch nicht einigen konnte, so daß in dieser Frage am Donnerstag abermals Verhandlungen stattfinden werden.

Die Frage der Schulgebete und der Brief des Reichsinnenministers hand in der Kabinettsitzung nicht zur Debatte. Ueber den Inhalt dieses Schreibens sind bisher keinerlei Mitteilungen gemacht worden, zumal es sich um einen persönlich gehaltenen Brief Dr. Wirths an Staatsminister Baum handelt. Im übrigen beurteilt man in thüringischen Regierungskreisen die Angelegenheit der Schulgebete durchaus ruhig.

200 000 Kilogramm gefälschtes Saccharin

Warschau, 14. Mai. Die Warschauer Polizei hat 20 Sacharinsäcker verhaftet; die Waare hat nach den bisherigen Ermittlungen innerhalb von drei Jahren 200 000 Kilogramm falsches Saccharin hergestellt und das falsche Saccharin mit 4000 Kilogramm aus Deutschland bezogenem echten Saccharin vermischt. Die Fälscher benutzten es bei der Erzeugung von Zuckerwerk und Schokolade, deren Genuss sich für die Gesundheit der Konsumenten als sehr schädlich erwies.

herbeiführen möchte, um eine sachliche, belästigende Führung der Angelegenheit zu erzielen, auf ihren Verlangen Besuch verweigert. Das fehlte gerade noch, daß ein Berliner Minister sich mit Provinzler über eine Verwaltungsmaßnahme unterhält, bei der er sich mühsam als „Opportunist seiner Partei“ betätigt hat, um ein Schlagwort seines Kollegen und Parteigenossen aus dem Kultusministerium einmal sinngemäß unterzubringen.

Folge: Ein Sturm im Lande Hannover und ein bedeutendes Schütteln des Kopfes im Landtagsausschuß über die politische Föbie der Reichshauptstadt, so daß Braun sich gezwungen sieht, wacchtig politische Kinderstube beizubringen. Und nun scheint die innenministerliche Sonne wolkenlos und freundlich auf die Kommission aus der Provinz. Ob die Staatsautorität dabei gewinnt, wenn wild gewordener Partei-Absolutismus derartig zu Kreuze kriechen muß?

Das ist heute schon eine sekundäre Frage. Wichtiger und bedauerlicher bleibt es aber, daß sich durch diese Politik, durch dieses Verdrängeln der Hauptstadt gegen die Provinz, der eben so peinliche wie schädliche Gegenstand zwischen Reichshauptstadt und Reich wieder einmal verschärft. Die Provinz wird zu den Ueberbleibseln namentlich jener Berliner immer antimütia lächeln, die aus Neugierde kommen. Wenn jedoch das schlechte Berliner Französisch die Grundlage einer wilden Einmischung in „provinzielle“ Angelegenheiten bildet, muß man sich in Berlin auf eine Lektion in gut Deutsch gefaßt machen. A. W.

Die Kosten der deutschen Sozialpolitik

Stegerwalds Rede im Haushaltsausschuß

Berlin, 14. Mai. (Sta. Drabber.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums beraten. Wir meldeten bereits im Abendblatt, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eine Beitragserhöhung von mehr als 4 Prozent für unumgänglich hält. Der Minister gab bei dieser Gelegenheit einen Uebersicht über die gesamten Kosten der deutschen Sozialpolitik. Er führte an:

Gegenwärtig treten an den Reichsarbeitsminister vier Gruppen heran mit Wünschen, die größere Mehrausgaben erfordern würden, und zwar die Arbeitslosen, bestimmte Gruppen der Invalidenrentner, die Rentner und die Arbeitsbeschädigten. Die öffentlich-rechtlichen Gesamtschulden (Reich, Länder, Provinzen, Gemeinden, Sozialversicherung, Kirchen usw.) betragen rund 23 Milliarden Mark. Davon haben wir auf gut 3 Milliarden Mark, die für Reparationsleistungen und Schuldentilgung und Vergütung benötigt werden, in den ersten Jahren keinen Einfluß. Die restlichen 20 Milliarden Mark Ausgaben entfallen auf folgende Positionen: Sozialversicherung 6 Milliarden Mark, Arbeitsbeschädigtenfürsorge ohne Offizierspositionen und ohne Versorgung der neuen Wehrmacht 1,400 Milliarden Mark, Wohlfahrtsfürsorge 1,300 Milliarden Mark, Wohnungswesen 1 Milliarde Mark, Gesundheitswesen 0,500 Milliarden Mark, Beamtenpensionen und Hinterbliebenenbezüge 1,000 Milliarden Mark, Beamtengehälter ohne Reichsbahn und Reichspost, die dafür 2,5 Milliarden Mark verausgaben, 5,250 Milliarden Mark.

so daß für soziale Zwecke, allgemeine Fürsorge, Beamtenpensionen und Gehälter 83 Proz. aller öffentlich-rechtlichen Ausgaben benötigt werden.

Der Rest von etwa 3,3 Milliarden Mark wird aufgewandt für Landstraßen und Wasserstraßen mit 1,5 Milliarden Mark, für Industrie- und Landwirtschaft mit 400 Millionen Mark und an Sachausgaben für kulturelle Zwecke, innere Verwaltung, Finanzverwaltung, Jutis, Meer, Polizei mit 1,4 Milliarden Mark.

Aus öffentlich-rechtlichen Mitteln bekommen gegenwärtig folgende Personengruppen Renten oder Unterstützungen (die renten- und unterstützungsberechtigten Familienangehörigen einbezogen): Arbeitslose 4,2 Millionen, Rentner und der Invaliden- und Arbeitsbeschädigten, Knappschaftsversicherung 3,8 Millionen, Arbeitsbeschädigte 3,4 Millionen, Wohlfahrtsfürsorge 1,5 Millionen, Unfallrentner 1 Million, Pensionäre 1 Million. Zusammen 14,9 Millionen.

Abzüglich der Doppelzahlungen verbleiben gut 12 Millionen Personen oder nahezu 20 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung, die Zuwendungen aus öffentlich-rechtlichen Mitteln erhalten.

Diese Zahl ist in Wahrheit größer, weil bei den Beamtenpensionären und deren Familien sowie Hinterbliebenen genaue

Volkskonervative Kundgebung in Dresden

Im kleinen Saale der Kaufmannschaft veranstaltete die Volkskonervative Vereinigung ihre erste öffentliche Veranstaltung in Dresden. Zunächst sprach Reichstagsabg. Otto Doehlich. Der Redner ging davon aus, daß es bei der letzten Reichstagswahl den großen politischen Parteien nicht gelungen sei, die Jungwähler für sich zu gewinnen. Ziel der im November 1928 gegründeten Deutschnationalen Volkspartei sei die Erringung der Macht in diesem Staat, und die Mitarbeit in ihm nach Ansicht des Vortragenden gewesen. Der 1928 gewählte Reichstag habe zwei Aufgaben gehabt: Regelung des Reparationsproblems und Finanzreform. Die große Koalition sei an ihnen gescheitert. Es erhob sich die Frage, wie wollen die bürgerlichen Parteien die Aufgabe der Finanzreform und Landwirtshilfen lösen. Es konnte kein Zweifel sein, daß sie nur durch praktische Mitarbeit gelöst werden könne. So mußte nach Ansicht des Redners es zwingend zur Sezession bei den Deutschnationalen kommen. Die Parteigruppierungsbeiträge und das Kabinetts Bränning nicht Doehlich als die ersten Früchte dieses Austrittes ein. Das Ostprogramm, das Geld koste, könne nicht vom Steuerprogramm der Regierung getrennt werden. Der Redner kann deshalb im Juncetum kein parteipolitisches Manöver sehen. Die Tatsache, daß sich das Zentrum für dieses Ostprogramm mit einlege, sei eine Großtat der Regierung, genau so wie die Kolonisation des Ostens im Mittelalter die größte Leistung unseres Volkes gewesen sei. Der Redner glaubt prophezeien zu können, daß wir in der Innenpolitik der nächsten Jahre ein Juncetum nach dem anderen erleben werden. Ueber die Zukunft der Volkskonervative erklärte Doehlich, daß sie versuchen wollten, ihre Ideen auszubauen und die führenden Kräfte namentlich auch aus der Jugend zu gewinnen. Die Volkskonervative streben zur Vertretung im Parlament, aber sie wollten nicht Partei im alten Sinne sein. Parteifunktionen, von denen in der letzten Zeit sowohl die Rede sei, werden kaum zu erwarten sein. Selbständige Bewegung der Gruppen auf der Grundlage ihrer besonderen Ideen sei nötig. Aber an den Stellen, an denen die praktische Arbeit geleistet werde, sollten die Gruppen zusammenarbeiten. Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß in keinem Staate, der gesund bleiben will, eine starke konservative Rechte fehlen darf.

Als zweiter Redner sprach Dr. Helms Dähnhardt über „Deutsche Jugend und Zukunft“. Es sei ein Reum in der deutschen parlamentarischen Geschichte, daß in dem Kabinetts Bränning Minister saßen, die der Frontgeneration angehörten. Aber die Jugend habe sich in den Parteien selbst nicht durchgesetzt. Sie stehe von der Mitte bis zur Rechten in Opposition.

So hätten wir den Zustand, daß die bürgerliche Jugend enttäuscht in ihrem Glauben politisch heimatlos geworden sei. Erreicht sie aber, daß auf der Rechten das Streben der Jugend nach der Erringung einer politischen Führung am lebendigsten sei. Der Redner nimmt für die volkskonservative Bewegung in Anspruch, daß in ihr zahlreiche heimatlos gewordene nationale Jugendliche ihre politische Organisation gefunden haben. Die Jugend wolle eine neue wirksamere politische Sprache, die die Verständigung über Parteigränzen hinweg ermöglicht. Sie wolle ferner Schulung in Bezug auf die nationalen politischen Forderungen. Aber sie schehe ihren politischen Ausdruck nicht in dem alt gemordenen Liberalismus, sondern in dem neuen Leben, das sich im deutschen Konservatismus zeigt. Auch Dähnhardt bekannte sich zu der Ansicht, daß die Sammlung der Kräfte in verschiedenen Gruppen keine Zerstückelung zu bedeuten braucht. Deshalb könne man, so meint er, die Volkskonervative auch nicht als Splitterpartei bezeichnen.

200 000 Kilogramm gefälschtes Saccharin

Warschau, 14. Mai. Die Warschauer Polizei hat 20 Sacharinsäcker verhaftet; die Waare hat nach den bisherigen Ermittlungen innerhalb von drei Jahren 200 000 Kilogramm falsches Saccharin hergestellt und das falsche Saccharin mit 4000 Kilogramm aus Deutschland bezogenem echten Saccharin vermischt. Die Fälscher benutzten es bei der Erzeugung von Zuckerwerk und Schokolade, deren Genuss sich für die Gesundheit der Konsumenten als sehr schädlich erwies.